

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 13. October 1885.

№ 96.

Der Riese Antäus.

Der Grund, warum der seit den sechziger Jahren eingetretene Rückgang der Landwirthschaft vom Liberalismus lange Zeit verkannt wurde und sogar heute noch von freisinnigen Politikern geleugnet wird, beruht nicht zum Wenigsten in der geringen Fähigkeit des Liberalismus überhaupt, die Besonderheiten des praktischen Lebens und der verschiedenen Berufsarten zu erkennen und zu verstehen. Sein Hang zu Abstractionen, d. h. nach allgemeinen Lehrbegriffen das Leben der Nation zu gestalten, verschließt ihn der Einsicht, daß die von ihm errungenen Freiheiten, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, vollste Veräußerungsfreiheit, nicht nothwendig auch das wirthschaftliche Wohlbefinden des Volkes im Gefolge haben müssen. Noch heute, da doch die wirthschaftlichen Interessen entschieden im Vordergrund stehen, sehen wir ihn in seiner freisinnigen Fassung fast nur politischen Freiheiten nachstreben, und weil es noch wohlhabende Landwirthe und auch Gegenden giebt, in denen die Landwirthschaft unter besonders günstigen Verhältnissen gut gedeiht, so will er von einer Krisis derselben überhaupt nichts wissen und glaubt da, wo der Rückgang klar vor Augen liegt, die Schuld den Einzelnen wegen schlechter Wirthschaft oder zu theurer Bezahlung des Gutes aufbürden zu können.

Nun ist allerdings eine kritische Lage der Landwirthschaft sehr viel schwerer festzustellen, als eine solche der anderen Erwerbszweige. Die Verhältnisse des Landwirths sind nicht so durchsichtig, wie die des Kaufmannes und des Industriellen. Wenn z. B. die jährlichen Rechnungsabschlüsse der Actiengesellschaften der Stahl- und Eisenindustrie vorliegen, so kann jeder sehen, ob das Geschäft gut gegangen ist oder nicht, und wenn, wie es in den letzten beiden Jahren der Fall war, die Zahlen einen Rückgang aufweisen, so weiß jeder, daß eine gewisse Krisis eingetreten sein muß. Der Landwirth ist von Sonne und Wind abhängig und Sonne und Wind sind nicht in allen Landestheilen dieselben. Schon dieser Wechsel erschwert eine klare Uebersicht. Man muß auch nicht den Beweis für die kritische Lage des ländlichen Grundbesitzes erst dann für erbracht ansehen, wenn der Rückgang der Verhältnisse aller Grundbesitzer nachgewiesen wird. Einmal ist das unmöglich und dann beruht das Wesen einer wirthschaftlichen Krisis überhaupt darin, daß alle Wirthschafter des gleichen Berufs mehr oder minder unter gleichen Verhältnissen zu leiden haben. Sehr gut hat Prof. v. Miaszkowski den Eintritt einer wirthschaftlichen Krisis mit dem Ausbruch einer Epidemie verglichen, von welcher ebenfalls nicht alle, sondern nur die schwächeren, weniger widerstandsfähigen oder für die Erkrankung besonders geeigneten Personen befallen und zum Theil hinweggerafft werden.

Daß der Kampf ums Dasein in der Landwirthschaft viel schwerer geworden ist, als früher, geht schon aus folgenden unzweifelhaften Thatsachen hervor: die unter günstigen Produktionsbedingungen erzeugten und billig verschifften Erzeugnisse Osteuropas und der überseeischen Länder bereiten der Landwirthschaft West- und Mitteleuropas eine schwere Concurrenz; die Arbeitslöhne sind bedeutend gestiegen, die Steuern für den Landmann ebenfalls und zwar in stärkerem Verhältniß als bei anderen Berufsarten; die bäuerlichen Wirthschaften waren für das rasche Eindringen des Geldverkehrs zu schlecht vorbereitet und eine dem Gläubiger günstige Substitutionsordnung verschärfte die Gefahr, von Haus und Hof zu kommen; endlich zeichneten sich die siebziger Jahre durch eine Reihe schlechter Ernten aus.

Machen diese Umstände eine Krisis der Landwirthschaft wahrscheinlich, so wird sie zur Gewißheit nach den verschiedenen Erhebungen und statistischen Aufnahmen, welche wir später als andere Länder, nachdem das Unbehagen des Grundbesitzerstandes immer höher gestiegen war, veranstaltet haben. Zweifellos

hat die Verschuldung des Grundbesitzes in den letzten 10 bis 20 Jahren beträchtlich zugenommen, nicht in gleicher Höhe für alle Gegenden und nicht im gleichen Verhältniß für die drei Klassen, großen, mittleren und kleineren Grundbesitz, aber sie hat zugenommen. Diese Entwicklung muß unterbrochen werden, wenn der Krisis nicht eine Katastrophe folgen soll. Freilich giebt es unter den Freisinnigen sogar Theoretiker, welche, obwohl sie diese mißliche Lage nicht bestreiten, ihr doch kühl gegenüberstehen, weil sie meinen, unsere Versorgung mit den nothwendigsten Nahrungsmitteln könne anderen Ländern überlassen bleiben und wir müßten je eher desto besser uns ganz in einen Industriestaat verwandeln.

Diese Theoretiker sind wenigstens consequent, aber um so heillosler ist ihre Verkennung der Bedeutung, welche die Landwirthschaft und namentlich der Bauernstand für den preussischen Staat hat. Es giebt eine alte griechische Fabel von dem Riesen Antäus, welcher ein Sohn der Erde war und nicht besiegt werden konnte, weil ihm seine Mutter immer neue Kraft verlieh, so lange er sich auf die Erde stützte. Als Herkules mit ihm kämpfte, vermochte er ihn nur dadurch zu überwinden, daß er ihn vom Boden aufhob und in der Luft erdrückte. Man hat in dieser Fabel einen tiefen Sinn gefunden und gesagt: der Staat ist der moderne Antäus, lebenskräftig und unzerstörbar, so lange er sich auf den Grundbesitz stützt, hilflos und hinfällig, wenn er diesen Boden unter den Füßen verliert. Sorge jeder Vaterlandsfreund, daß nicht der moderne Herkules den Staat mit seinen Armen umklammere und erdrücke.

Was die Freisinnigen wollen und — nicht können.

Die „Deutsche Freisinnige Partei“ scheint sich angesichts der bevorstehenden Wahlen wegen des Mangels verwerthbarer Schlag- und Stichworte in großer Verlegenheit zu befinden: die nationalen Parteien bieten ihr in ihren Programmen keinerlei Blöße, die sie für sich ausnutzen könnte, und ihre eigenen „positiven Ziele“ scheinen ihr für eine erfolgreiche Wahlagitation doch nicht völlig ausreichend zu sein. Daher begegnen wir in einem freisinnigen Blatte schon wieder einem Versuch, den Wählern genau auseinander zu setzen, „was sie will und was sie nicht will.“ Im Ganzen ist dies die Aufwärmung des vorjährigen bei der Fusion der Fortschrittler und SeceSSIONisten veröffentlichten Programms. Was dasselbe werth ist, wissen wir schon lange; aber es kann nichts schaden, wenn es angesichts seiner Erneuerung noch einmal in einigen Hauptpunkten in angemessener Weise beleuchtet wird. Es wird sich daraus ergeben, was sie wollen und nicht können.

Die freisinnige Partei will „Festigung der nationalen Einigung Deutschlands.“

Die freisinnige Partei will nicht, daß die Rechte der Volksvertretung (z. B. die Redefreiheit) angetastet werden.

Die Fortschrittler und Freisinnler haben die Politik, die zur Einigung Deutschlands führte, auf das Heftigste bekämpft, gegen die norddeutsche Bundesverfassung und gegen die Verträge mit den süddeutschen Staaten, gegen die Heeresverfassung und gegen die Justizgesetze, also gegen die wesentlichen Grundlagen der nationalen Einheit gestimmt.

Die Rechte der Volksvertretung werden von Niemanden angetastet. Wohl aber sucht die freisinnige Partei das Volk gegen Beschlüsse des Parlaments aufzuheben, wenn ihr diese nicht zusagen.

Die Freisinnigen wollen Wahrung der Rechte des Volks, Sicherung der Wahlfreiheit u. s. w.

Die Freisinnigen wollen Förderung der Volkswohlfaht, Hebung der arbeitenden Klassen u. s. w.

Die Freisinnigen wollen keinen Staatssozialismus.

Die Freisinnigen wollen im Steuersystem Gerechtigkeit und Schonung der Volkskraft, insbesondere zu Gunsten der weniger bemittelten Klassen.

Die Freisinnigen wollen Pflege und Schutz der überseeischen Beziehungen.

Sie wollen keine Zoll- und Wirthschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen, vor allem keine Monopole.

Die Freisinnigen wollen Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volks.

Und dies alles erstreben sie in fester Treue gegen den Kaiser!

Niemand denkt daran die Rechte des Volks zu verkümmern, und Niemand tastet die Wahlfreiheit an, wenn nicht etwa die Fortschrittspartei mit ihrer wüsten Agitation und dem Terrorismus, welchen sie hierbei ausübt.

Die Freisinnigen haben sich den wichtigsten auf Förderung der Volkswohlfaht gerichteten Maßregeln widersezt; sie haben gegen den Schutz der nationalen Arbeit, gegen Kranken- und Unfallversicherung, gegen die Beschränkung der Wucherfreiheit gestimmt und bekämpft alle Bemühungen, welche die Nothlage der Landwirtschaft lindern sollen.

Dennoch verlangen sie einen Eingriff des Staates in das wirthschaftliche Leben durch Auftheilung von Domänen zur Schaffung kleiner Bauerngüter.

Und dennoch haben sie sich der Heranziehung des beweglichen Capitals zu den Lasten des Staats, insonderheit der Börsensteuer, der Erleichterung der Steuerlast der Gemeinden durch Uebertreibung von 20 Millionen Mark widersezt.

Und dennoch haben sie mit wenigen Ausnahmen gegen die Dampfersubvention, gegen die Errichtung neuer Consulate gestimmt und dem Beginn unserer Colonialpolitik Hindernisse bereitet.

Ihre Zoll- und Wirthschaftspolitik hat nur die Interessen des Handels und des im Dienste desselben stehenden Großcapitals im Auge, und indem sie sich der Verstaatlichung der Eisenbahnen widersezt, traten sie für die Monopole der Privatgesellschaften ein.

Von jeher und namentlich wieder seit zwei Jahren richten sie ihre Angriffe gegen die Heeresverfassung und wenn sie „möglichste Abkürzung der Dienstzeit und Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode“ fordern, so schwächen sie nach dem Urtheil aller Sachverständigen unsere Wehrkraft und machen das Heer zum Spielball der Parteien.

Trotzdem bekämpfen sie die die Gesamtpolitik des Kaisers und streben nach der Einführung der parlamentarischen Regierungsform, welche ohne eine Schwächung der bestehenden Rechte der Krone undenkbar ist.

Demagogische Hezerei.

„Ein Tag aus dem Leben eines deutschen Arbeiters“ betitelt sich ein Artikel im freisinnigen „Berliner Tageblatt“, welcher an dem Tagewerk des Arbeiters aufzählt, welche Lebensbedürfnisse und wie hoch sie ihm versteuert sind: von dem Holz, aus welchem sein Bett und sein Stiefelknecht gezimmert sind, von Allem, was er anzieht, benutzt, gebraucht und verzehrt, von der Seife, den Stoffen, aus welchen seine Kleider hergestellt werden, von Butter, Brod, Schmalz, Fleisch, Kaffee, Reis, Bier, Cigarren, Petroleum werden die Zollsätze angeführt und das Schreckliche der Belastung wird dadurch noch in ein recht grelles Licht gestellt, daß als das einzige Zollfreie zum Schluß der — Schlaf bezeichnet wird.

Es ist ein billiger Witz, den Zolltarif in dieser Weise auszubuten. Ebenso leicht könnte man aber auch den Spieß umdrehen und nachweisen, welche traurigen Folgen für Arbeiter und Staat eingetreten wären, wenn es nach den Wünschen und Theorien der „Freisinnigen“ gegangen wäre und ginge und wenn namentlich die Zollpolitik eine andere gewesen wäre. Man würde etwa sagen können, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen doch der Arbeiter wenigstens noch eine Existenz hat und zahlen kann, was von ihm verlangt wird. Wären die Freisinnigen mit ihren Theorien durchgedrungen, dann wären viele Tausende, wenn nicht alle Arbeiter, brotlos, dann würden die Fabriken und Hochöfen stillstehen, die Arbeiter würden verhungern und weder Brod, Fleisch, Schmalz und Seife, noch Kleider, Petroleum und Cigarren kaufen können, der Steuer-executor würde ihnen schon längst den letzten Rest ihrer Habe abgepfändert haben, im Falle eines Unfalles würden sie verlassen und hilflos dastehen und die allgemeine Ruhe und Sicherheit würde längst gestört sein.

Doch wir verzichten darauf, dies Bild der unheilvollen Folgen fortschrittlich-freisinniger Politik weiter auszumalen, weil wir überzeugt sind, daß die große Mehrzahl der Arbeiter verständig genug sein wird, ein solches Machtwort, wie es der Hezartikel des Berliner Tageblattes ist, mit Achselzucken aus der Hand zu legen. Aber freilich wird es wohl manche unverständige Arbeiter geben, auf welche derartige Preßerzeugnisse einen Eindruck machen, und auf diese ist auch wohl der Hezartikel berechnet.

Das Berliner Tageblatt eifert sonst gegen alle Versuche, das Volk aufzuheben. Es wird doch wohl noch in Erinnerung haben, wie es seiner Zeit gegen die Angriffe protestirte, welche gegen ihm nahe stehende Gesellschaftsklassen gerichtet waren. Was aber auch in dieser Beziehung niemals geleistet worden ist, reicht noch lange nicht heran an diese Demagogie der niedrigsten Sorte, welche das Berliner Tageblatt mit jenem Artikel sich zu Schulden kommen läßt.

Politische Tagesfragen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß, welcher die Befugnisse des nunmehr officiell zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannten Fürsten Hohenlohe, bisherigen Botschafters in Paris, genau bestimmt.

Die Hauptursache für die im vorigen Jahre nothwendig gewordene Erhöhung der Matrikularbeiträge für das Reich bildet der Rückgang des Ertrags der Zuckersteuer. Die Entwicklung des technischen Verfahrens hat es mit sich gebracht, daß eine geringere Menge Rüben zur Herstellung eines Centners Zucker ausreicht, als das Gesetz annimmt und daß in Folge dessen bei der Ausfuhr mehr Steuer zurückvergütet wurde, als erhoben war. Die Erhöhung der Steuer um 40 Pf. auf den Centner hat den erwünschten Erfolg nicht gehabt, zumal die Jahre 1883 und 1884 in Bezug auf die Zuckerhaltigkeit der Rüben vorzügliche Ernten brachten. Inzwischen ist nun freilich in Folge der bekannten Krisis der Rübenbau erheblich eingeschränkt worden und somit hat sich auch die Ausfuhr etwas vermindert. Die erwähnte Erhöhung der Steuer war nur ein Provisorium, das im nächsten Jahre abläuft. Bis dahin wird die Regierung voraussichtlich eine definitive Neugestaltung der Zuckersteuer zum Abschluß bringen. Nach Blättermeldungen soll sich eine bezügliche Vorlage in Bearbeitung bei den zuständigen Reichsbehörden befinden.

Aus Rußland sind, wie uns aus Marienwerder geschrieben wird, im Laufe des zweiten Quartals im dortigen Reg.-Bez. 32,894,644 kg

Getreide einschließlich der Hülsenfrüchte, also 22,022,646 kg mehr als in derselben Periode des Vorjahres importirt worden. Diese bedeutende Steigerung der eingeführten Getreidemenge ist wohl zu erklären durch den günstigen Ausfall der Ernte in Rußisch-Polen und sie kann wohl gleichzeitig als ein Beleg dafür angesehen werden, daß durch den seit Februar d. J. in Kraft stehenden höheren Getreidezoll der Einfuhrhandel nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz betrug 550,257 Festmeter, sowie außerdem noch 486,512 kg und überstieg die vorjährige Einfuhr um 57,395 Festmeter, bezw. 178,263 kg. Eine bedeutende Mehreinfuhr ist ferner zu verzeichnen bei dem Artikel Melasse; dieselbe ist veranlaßt durch die Exporte einer größeren russischen Zuckerraffinerie, welche ihre Producte mit eigenen Dampfmaschinen und Schleppfähnen auf der Weichsel nach Neufahrwasser sendet, woselbst die weitere Verladung auf Seedampfer stattfindet.

Das „Conservative Vereinsblatt“, Organ des „Conservativen Vereins im Königreich Sachsen“ bringt statistische Mittheilungen über das Ergebnis der jüngsten Ergänzungswahlen zur sächsischen Zweiten Kammer, welche den Liberalen aller Schattirungen sehr wenig Freude machen werden. Es geht daraus hervor, daß sie gegen die Jahre 1879/83 im ganzen fast 2000 Stimmen eingebüßt haben. Damals fielen auf liberale Candidaten 15 362 St., diesmal nur 13 441 St., davon „rein liberal“ 6552 St., für Kompromißkandidaten abgegeben 6689 St. Demgegenüber ist die Zahl der socialdemokratischen Stimmen während derselben Zeit von 7790 auf 13 665 gestiegen, d. h. die Socialdemokratie verfügt für sich allein — selbst bei den Landtagswahlen, wo ein Census von 3 M besteht — über ebenso viele Anhänger als Nationalliberale und Fortschrittler zusammengenommen. Weit voran aber steht die conservative Partei, welche es diesmal auf 31 000 rein conservative Stimmen gebracht, überdies aber noch 6552 für Kompromißkandidaten abgegeben hat, im Ganzen also 37 552 Stimmen, d. h. weit über die Hälfte aller abgegebenen 65 730. Der Zuwachs seit 1879—85 beträgt 13 231, d. h. fast soviel als überhaupt liberale Stimmen gezählt wurden.

In der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin hat kürzlich Dr. Max Buchner, der ehemalige deutsche Vertreter in Kamerun, einen höchst lehrreichen Vortrag über dieses unser Schutzgebiet gehalten. Zuerst unterwarf er Kamerun einer Betrachtung in geologischer, geographischer, botanischer und zoologischer Beziehung. Der Urwald gehört zu den großartigsten, die in den Tropen zu finden sind, jedoch nur soweit als der Boden vulkanisch ist. Das ganze Bergsystem ist vulkanischen Ursprungs. Die Elefanten hinterlassen in dem Urwald Spuren, ähnlich denen der Wildschweine in unseren Wäldern. Das Hinterland von Kamerun ist noch so unberührt, daß schon zwei Tagereisen mit dem Dampfer stromaufwärts Stämme wohnen, welche in dem Redner den ersten Europäer mit Jubel begrüßten. Was das Klima betrifft, so ist es nicht ungeeignet als an hundert anderen Orten in den Tropen. Auf den Bergen giebt es jedenfalls fieberfreie Gegenden. Als Trockenmonate können nur der December und der Januar gelten, die übrigen sind Regenmonate. Die Ansiedlungen der Qualla, deren wir ungefähr 30 000 zählen, liegen alle nahe aneinander. Die Leute sind hoch gewachsen, sehr muskulös und zeigen keineswegs die sogenannte „Wadenlosigkeit“ der Neger; wohl aber erinnern ihre breiten und unschönen Gesichter an den traditionellen Negertypus unserer Tabaksläden. Auch schneiden sie sich Narben ein und reißen die Augenbrauen aus, da man dieselben für lästig und überflüssig hält.

Die Schilderung, die Dr. Buchner von ihren Sitten entwarf, zeigte, daß ihm die eben erst überstandene starke Fieberkrankung den guten Humor nicht zu rauben vermochte.

Am 1. December 1884, als die Unruhen ausbrachen, befand sich Dr. Buchner in Woermann's Faktorei. Es war eine bange Zeit, da 20, weit zerstreute Weiße sich ganz durch eigene Kraft gegen 600, sie umschließende Neger vertheidigen mußten. Von letzteren aber führten 400 Steinschloß-, 100 Perkussions-Gewehre, die übrigen bereits Hinterlader aller Systeme: Henry-Martini, Snider u. s. w., einige zwanzig sogar Winchester-Repetirbüchsen. Dabei hatten die Kerle massenhafte Patronen im Gürtel, und daß auf ihren Häuptern preußische Pickelhauben und französische Kürassierhelme nicht fehlten, war selbstverständlich.

Schnaps und Bier sind beliebt, doch trinkt König Bell nur letzteres, denn er sagt: „Einmal habe ich Rum getrunken und dann wußte ich nicht mehr, was ich that.“

Ihrem Character nach sind die Qualla jähzornig, eigensinnig, zu Gewaltthaten geneigt und dabei hochmüthig, weil sie durch die englische

Erziehung verdorben sind. Bei den portugiesisch erzogenen Negern weicht selbst eine große Karawane von 200 Mann dem Weißen aus, in Kamerun aber muß letzterer selbst einem einzelnen Neger aus dem Wege gehen, wenn er nicht gestochen sein will.

Jeder Mann hat 2—8 Frauen, welche sein Capital bilden, dessen Zinsen die Kinder sind. Die Töchter werden an die heirathslustigen Männer verkauft, weshalb es in Kamerun vortheilhaft ist, Töchter zu haben. Eine Tochter von King Aqua oder King Bell ist ihre 8000 M werth.

Der Handel ist den Weißen nur bis auf 50 km von der Küste gestattet, die Qualla bilden die Zwischenhändler, welche die Erzeugnisse des Innern mit einem Gewinn von bis zu 300 Procent verkaufen. Der Handel ist sehr entwicklungsfähig, zumal wenn erst dieser Zwischenhandel beseitigt sein wird. Außerdem ist Kamerun ein vorzügliches Cultivationsgebiet, große Schwierigkeit macht freilich die Arbeiterfrage. Die Qualla sind schlechte unzuverlässige und viel zu theuere Arbeiter. Hoffentlich wird sie die deutsche Erziehung ändern.

Nach den Mittheilungen welche der Reichs-Anzeiger über den Ausfall der diesjährigen Ernte in der preußischen Monarchie gemacht hat, ergiebt sich folgendes summarische Resultat:

Weizen hat einen guten Ertrag gegeben, in den Regierungsbezirken: Gumbinnen, Minden, Arnberg, Rassel, Stettin, Stralsund, Posen; Magdeburg, Merseburg, Stade, Osnabrück, Wiesbaden, Koblenz, Düsseldorf, Trier, Aachen, Sigmaringen. Geringen Strohertrag hatten Posen, Bromberg, Breslau. Roggen hat einen ungenügenden Ertrag in Königsberg, Bromberg, einen mittelguten in Gumbinnen, Stralsund, Münster, Rassel, Stettin, Posen, Breslau, Magdeburg, Merseburg, Düsseldorf geliefert. Als gut wird das Resultat bezeichnet in Minden, Arnberg, der Provinz Hannover, Wiesbaden, Koblenz und Aachen. Hafer und Gerste haben in Königsberg an Auswuchs gelitten, in Gumbinnen war das Ergebnis dagegen theilweise vorzüglich, ebenso, was Hafer betrifft, in Merseburg. Nicht befriedigt hat die Hafer- und Gerstenernte in Rassel, zu kurz in Stroh ist sie in Bromberg, Breslau, gut in der Provinz Hannover. Die Kartoffeln können in Königsberg nur auf leichtem Boden befriedigen, dagegen allenthalben in Gumbinnen, Minden, Arnberg, Rassel, Wiesbaden, Stralsund, Stettin, Posen, Bromberg, Breslau, Osnabrück, Magdeburg, Merseburg, Schleswig, Hannover, Stade, Osnabrück, Koblenz, Aachen. Ueber Fäule wird geklagt in Köslin und Königsberg. Der Wein in der Rheinprovinz verspricht einen Drittel-, vereinzelt einen halben Herbst.

Literarisches.

Eine soeben im Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erschienene Broschüre „Ein Gespräch über die sociale Frage. Unsern Arbeitern gewidmet.“ (2 Bogen) stellt sich die Aufgabe, die Haltlosigkeit der socialdemokratischen Lehre in einer durchaus gemeinschaftlichen Form dem Leser vor Augen zu führen. Ihr Ziel ist, Verbreitung in Arbeiterkreisen zu gewinnen und dort belehrend und schützend zu wirken. Wir machen besonders die Vereine für Verbreitung von Volksbildung, die Fabrikanten und Inhaber von Werkstätten, welche eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen, auf die Schrift aufmerksam und empfehlen ihnen, sich deren Verbreitung angelegen sein zu lassen. Bei den Gefahren, welche die Ausbreitung der Socialdemokratie in sich trägt, ist jeder Versuch, durch angemessene Belehrung auf die Massen unserer Arbeiter zu wirken, willkommen zu heißen und nach Kräften zu unterstützen. Die Verlagsbuchhandlung bittet uns, darauf aufmerksam zu machen, daß sie auf Wunsch Probeexemplare liefert und bereit ist, bei Bestellung größerer Partien die im Einzelverkauf für 30 Pfennige zu beziehende Broschüre zu erheblich ermäßigten Preisen abzugeben. Sie ersucht die Vereinsvorstände, Fabrikbesitzer etc., welche den Bezug einer größeren Anzahl zum Vertheilen an die Arbeiter beabsichtigen sollten, um directe Zuschrift.

Personalien.

Der Gerichtsassessor Hugo Beckers zu Düsseldorf ist als besoldeter Beigeordneter der Stadt Düsseldorf für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt worden.